

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die Sachsen-Zeitung erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Verkaufspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Postgeschäften 2,- Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mark, bei Postbestellung 2,50 Mark. Einzelnummern 15 Pfennig. Abbestellen und Bestellungen nehmen wir keine Garantie. Jeder Abonnent wird ersucht, wenn der Betrag durch Rüge der Zeitung oder Änderung des Verkaufspreises. — Rücksendung eingehender Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2 gespaltene Raumzeile im textlichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschiedene Erklärungen werden nach Möglichkeit angenommen bis vormittags 10 Uhr. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abonnent wird ersucht, wenn der Betrag durch Rüge der Zeitung oder Änderung des Verkaufspreises. — Rücksendung eingehender Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Nr. 136 — 83. Jahrgang.

Verl.-Nr.: „Sachser Zeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Verlags-Nr.: Dresden 2040

Freitag, den 13. Juni 1924

Millerands Abgang.

Und für sich, also rein verfassungsmäßig betrachtet, hat Millerand recht gehabt mit seiner Weigerung, sein Amt als Präsident der französischen Republik nicht aufzugeben, weil die Wahlen des 11. Mai den nationalen Block in die Minderheit warfen, jenen Block, für den sich Millerand oft genug in seinen Reden eingesetzt hatte, dessen Vater er gewesen ist. An und für sich hat er natürlich recht, das an und für sich überparteiliche Amt des Präsidenten, des Hüters der Tradition, nicht aufzugeben. Aber er war eben nicht mehr überparteilich, hatte sich von vornherein allzu stark gegen die Linke festgelegt und diese Kräfte machten mobil gegen ihn ohne Rücksicht darauf, daß damit der Geist der Verfassung getroffen wurde. Das hat Millerand in seiner Vorsicht an die Kammer deutlich hervorgehoben, hat aber vergebens darauf hingewiesen, daß bei einem Votum der Deputierten gegen ihn „der Präsident zum Spielball der Parteien“ wird. Vergeblich rief er den Senat an, „Verteidiger der Verfassung zu bleiben“.

Es raßt der See und will sein Opfer haben. Und er taste deshalb besonders, weil es Millerand nicht gelungen war, den von der Linken erkorenen Führer, Herriot, mit der Bildung eines Ministeriums zu beauftragen. Was Marsal statt dessen zusammenbrachte, war nichts anderes als eine Neuauflage des Kabinetts Poincaré; sie nahmen sich wieder, die schon anwesenden Gestalten des Troquier, eines Maginot usw. Und das hat Millerand den Sitz auf dem Präsidentensstuhl gekostet; denn jetzt, da der Senat sich mit einer knappen Mehrheit, die Deputiertenkammer mit über 100 Stimmen gegen ihn entschied, hat er den Kampf aufgegeben und seinen Entschluß, zurückzutreten, kundgetan.

Gleichgültig ist, wer an seine Stelle tritt, ob Painlevé, der Präsident der Deputiertenkammer — was im Hinblick auf die bisher beobachtete Tradition wahrscheinlich ist — oder Doumergue. Denn aus diesem Kampf zwischen Staatspräsident und Volksvertretung ist jener geschlagen und die Institution selbst damit erheblich geschwächt worden. Der fünfjährige Ministerpräsident — zweifellos Herriot — wird wieder der eigentliche Leiter der Geschicke Frankreichs sein, da der neue Staatspräsident sich zunächst einer größeren politischen Zurückhaltung befleißigen wird. Denn die Kammer bleibt nur vier Jahre und, was hernach kommt, wie sie dann aussehen wird, weiß man nicht. Ruhig einstecken wird die Rechte die Vorgänge dieser Tage nicht, sondern sich eines Tages dafür rächen, Gleiches mit Gleichem vergelten wollen.

Außenpolitisch, namentlich im Verhältnis zu Deutschland, mag das Kabinett Herriot hoffentlich insofern eine Änderung bedeuten, als er bekanntlich sich auf die bedingungslose, aber nur grundsätzliche Annahme des Sachverständigenberichts festgelegt hat, damit die zahlreichen Vorbehalte die Poincaré in seiner Erklärung über die Stellung Frankreichs dazu gemacht hat, unter den Tisch fallen ließ. Freilich — daran muß auch jetzt wieder erinnert werden — manches von den Zielen der bisherigen Außenpolitik ist nicht aufgegeben worden. Ganz unklar ist und bleibt die Frage, ob und wann die französischen Besatzungstruppen „unsichtbar“ und wann sie tatsächlich verschwinden werden. Auch die Frage der Sicherung Frankreichs ist durchaus in der Schwebe; Verhandlungen über diese beiden Punkte scheinen übrigens zwischen Herriot und Macdonald eingeleitet worden zu sein. Von irgendeiner Nachgiebigkeit ist vorläufig nicht die Rede; Entgegenkommen Deutschland gegenüber erst, wenn Frankreich von Deutschland Garantien und Sicherheiten für seine politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Forderungen erhalten hat, — so betonte es Herriot. Schließlich tritt er ja nur die Erbschaft des Verdictes der Sachverständigen an, und da darf er denn nachgiebiger in der Methode sein, weil das Ziel der französischen Politik erreicht ist.

Frankreichs Militarismus regt sich.

Zürich, 12. Juni. Die französische Rechtspresse variiert mit auffälliger Uebereinstimmung die These: Es muß bewiesen werden, daß sich in Frankreich auch jetzt noch gegen die Linke regieren läßt. Frankreichs Programm soll und wird bleiben: Aufrechterhaltung aller Prestigefragen an Rhein und Ruhr; keine Einmischung von fremden Regierungen in Frankreichs Sicherheitspolitik. Der Personalwechsel auf den Ministerstellen darf kein Systemwechsel werden.

Foch auf der Bildfläche.

Paris, 12. Juni. Ministerpräsident Marhal hat eine zweistündige Unterredung mit Marschall Foch gehabt. Die Bedeutung der Unterredung liegt darin, daß sie von der Hauptagentur offiziöser der französischen Öffentlichkeit bekanntgegeben wird.

Günstiger Eindruck in England.

London, 12. Juni. In den politischen Kreisen Londons regt man große Hoffnungen auf die Zukunft der Linkenregierung in Frankreich und glaubt, daß nunmehr eine viel freundschaftlichere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England möglich ist. Die gestrige überraschend große Mehrheit beim Sturz Millerands hat in den englischen politischen Kreisen aufs neue von dem großen Einfluß des Linksblocks in Frankreich überzeugt.

Wer wird Frankreichs Präsident

Vor der Präsidentenwahl.

Paris, 11. Juni.

Die Verlesung der Admittivbatschaft Millerands erfolgte nachmittags durch den Senatspräsidenten Doumergue im Senat und den Kammerpräsidenten Painlevé in der Deputiertenkammer. Bis zur Neuberufung eines Kabinetts durch den zu wählenden Präsidenten führt der Eintragungsmittelpunkt Marsal die Geschäfte weiter. In Versailles werden die Vorbereitungen zur Wahl getroffen.

Millerand wird sofort die Präsidentenwohnung im Elysée verlassen, um sich einige Tage in Versailles, wo er ein kleines Besitztum hat, zu erholen. Jedenfalls wird er aber nicht lange untätig bleiben. Man spricht bereits davon, daß er den durch den Tod des Abgeordneten Peillier freigewordenen Sitz in der Kammer erhält. Auch soll er beabsichtigen, seine Praxis als Advokat wieder aufzunehmen. Die Presse, auch die rechtsstehende, betrachtet ihn ansehend als toten Mann, denn es ist kaum die Rede von ihm. Alle Aufmerksamkeit wendet sich vielmehr der Frage des Nachfolgers zu.

Frage des Nachfolgers

Zunächst treten nur zwei Kandidaten in den Vordergrund, die beiden Präsidenten der Parliamente, Painlevé und Doumergue. Von diesen scheint die meisten Aussichten Painlevé, der nach den Wahlen zum Kammerpräsidenten aufrückte, zu haben. Er ist eine der berühmtesten Führer der Linken, gilt als der beste Republikaner und als bedeutendster Gelehrter. Ebenso großes Ansehen genießt Doumergue, der Senatspräsident. Jedoch machen einige Linksblöcker darauf aufmerksam, daß durch seine Wahl der Präsidentenstuhl im Senat frei würde und die Gefahr entstünde, Poincaré künftig an dieser Stelle zu sehen. Die Linksparteien bemühen sich eifrig, eine gemeinsame Kandidatur in ihren andauernden Besprechungen zustandezubringen.

Nach dem „Echo de Paris“ soll Abg. Herriot, der in der Verabstimmung der parlamentarischen Fraktionen der Linken über die Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik den Vorschlag führte, beabsichtigen, vorher den Kammerpräsidenten und den Senatspräsidenten in aller Form zu verpflichten, daß der



Painlevé.

eine von ihnen auf die Kandidatur in Versailles verzichten sollte, wenn der andere bei der Abstimmung mehr Stimmen erhalte. Als weitere Kandidaten werden noch der Senator Lebroun und der frühere Präsidentschaftskandidat Poincaré genannt, doch mißt man den beiden keine große Bedeutung zu. Voraussichtlich wird die Wahl Freitag um 1 Uhr mittags in Versailles stattfinden. Für den Sonntag ist dann die Neubildung des Kabinetts unter Führung Herriots geplant.

Poincaré kandidiert mit.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“)

Paris, 12. Juni. Poincaré wird bestimmt Mitkandidat für die Präsidentschaft sein.

Herriots Liste bereits fertig?

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“)

Paris, 12. Juni. Gestern abend wurde bekannt, daß Marschal seine Demission wahrscheinlich schon am Sonnabend in den ersten Morgenstunden dem neuen Präsidenten überreichen wird. In jedem Falle würde Herriot noch im Laufe des Vormittags ins Elysée berufen und mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werden. Da Herriot die Liste seiner Mitarbeiter schon fertiggestellt hat, würde er die Namen seiner Ministerlegen noch im Laufe des Sonnabends bekannt geben und auch das Kabinett der Kammer bereits 3 Uhr nachmittags vorstellen. Die Kammer werde sich dann auf acht Tage vertagen.

Herriot stellt sein Kabinett am Sonnabend vor.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“)

Paris, 12. Juni. Herriot hat sich gestern gegenüber seinen Freunden geäußert, daß er wahrscheinlich schon am Sonnabend um 3 Uhr sich mit dem neuen Kabinett der Kammer vorzustellen gedenkt. Er wird dann den Antrag auf Vertagung einbringen, um einige Tage Ferien zu haben. Während dieser Zeit wird sich Herriot nach London begeben, um mit Macdonald zusammenzutreffen.

Die Schulnot im besetzten Gebiet.

Eine Denkschrift des preussischen Volksbildungsministeriums.

Berlin, 11. Juni. Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat der Reichsregierung eine umfangreiche Denkschrift über die Schulnot im besetzten Gebiet unter Beifügung des statistischen Materials überreicht. Es heißt darin: Schulwesen gestiften, vor allem dadurch, daß zahlreiche Schulen beschlagnahmt wurden. Der Etatstil zufolge wurden

215 Schulgebäude ganz und 65 Schulgebäude teilweise beschlagnahmt. Die Zahl der beschlagnahmten Schulräume beträgt über 3200. Über 70 000 Kinder erbielten unzureichenden Unterricht.

Vielfach mußten Gebäude mit zwei oder gar drei Schulen belegt, in anderen Fällen mußten die Schulen auf weit auseinanderliegende Gebäude verteilt werden. Selbst in Wirtschafts- oder Baracken wurden Schulklassen untergebracht. Im Gegensatz hierzu mußte die Stadt Essen zwölf Klassen verschiedener Schulen hergeben, damit für die Kinder von 2000 französischen Familien eine französische Schule eingerichtet werden konnte. Neben den körperlichen Gefahren, die aus dieser Art des Unterrichts für die deutschen Schulkinder erwachsen, ist zu befürchten, daß allmählich das geistige Niveau der Schulen herabgedrückt wird. Weiter ist der regelmäßige Besuch des Religionsunterrichts sowie des Schulgottesdienstes durch diese Verhältnisse auch auf

die sittliche Erziehung

der Jugend verhängnisvoll einwirken, ist leicht ersichtlich. Zahlreiche Gefahren drohen den Knaben und Mädchen, die in früher Morgenstunden zur Schule gehen, und oft spät abends in der Dunkelheit nach Hause zurückkehren müssen.

Wiederholt sind hierbei Schülerinnen überfallen worden.

Die geistige Reife hat so gelitten, daß die bisherigen Abiturienten kaum mehr sind, als Kriegsabiturienten. Hierzu kommen die seelischen Einwirkungen der Ausweisungen. Es entsteht unter den Schülern und Schülerinnen starke Erregung, wenn sie mit ansehen müssen, wie Lehrer und Schüler von den Befehlshabern ausgenutzt werden. Aus alledem ergibt sich, daß zahl-

lose Schüler und Schülerinnen des besetzten und des Einbruchgebietes in ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung Schädigungen erfahren, die nicht wieder gutzumachen sind.

Der Minister appelliert zum Schluß seiner Denkschrift an das Weltgewissen,

nicht achlos daran vorüberzugehen, daß unzählige Kinder einstmals blühender Provinzen nicht wieder gut zu machende Schädigungen erfahren. Die gesamte gebildete Welt wird aufgerufen, daran mitzuwirken, daß die Schulen des besetzten Gebietes bald wieder freigegeben werden.

Neue Separatisten-Pläne.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“)

Köln, 12. Juni. An hervorragender Stelle veröffentlicht die „Kölnische Zeitung“ in ihrer Morgenausgabe von 12. Juni Mitteilungen über die neue Separatistenbewegung im Ruhrgebiet. Aus den Ausführungen geht hervor, daß Pläne für einen neuen Putsch für die rheinische Republik von den Sonderbändlern, unter denen der bekannte Mathes noch immer eine große Rolle spielt, bis ins Einzelne ausgearbeitet worden sind. Eine besondere Schutztruppe, die „Ahen“, ist gebildet worden und mit Waffen versehen worden. Die Führer der „Ahen“ rekrutieren für die Truppe Erwerbslose, Kommunisten und Syndikalisten. Man arbeitet jetzt darauf hin, in etwa fünf bis sechs Wochen loszuschlagen zu können. Die Informationen der „Kölnischen Zeitung“ beruhen auf Beratungen der Vertrauensleute der Sonderbändler und der „Ahen“ in den Ortsgruppen- und anderen Versammlungen.

Coolidge oder Lavolettes.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“)

Newport, 12. Juni. Auf dem Parteitag der Republikaner in Cleveland nahmen die Anhänger Lavolettes eine Entschließung an, in der sie eine aktive Revisionspolitik für den Vertrag von Versailles fordern. Die Deutschen im mittleren Westen haben sich für die Präsidentschaftskandidatur Lavolettes ausgesprochen.